

Antrag 98/II/2023**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Fusion der Länder Berlin und Brandenburg 2026 realisieren**

1 die Landesregierung aufzufordern, Verhandlungen zur Fu-
2 sion der Länder Berlin und Brandenburg wieder aufzuneh-
3 men.

4

5 Die Landesregierung soll die Verhandlungen mit dem
6 Land Brandenburg über eine Fusion der beiden Länder
7 Berlin und Brandenburg in dieser Legislaturperiode wie-
8 der aufzunehmen und einen Themen-, Fahr- und Zeitplan
9 für die Fusion beider Länder erarbeiten.

10

11 Ziel der Verhandlungen soll die Erarbeitung eines neuen
12 Staatsvertrags zur Fusion beider Länder sein, der im Jahr
13 2026 - dreißig Jahre nach dem ersten Fusionsversuch bei-
14 der Länder- zur Abstimmung gestellt werden soll.

15

16

17 Begründung

18 Vor siebenundzwanzig Jahren – am 5. Mai 1996 – schei-
19 terte der Volksentscheid zur Bildung eines gemeinsamen
20 Bundeslandes „Berlin-Brandenburg“. Dies lag vor allem
21 daran, dass im Land Brandenburg nicht das notwendige
22 Quorum von 25 Prozent aller stimmberechtigten Wähle-
23 rinnen und Wähler zustande kam.

24

25 Im Jahr 1996 standen Berlin und Brandenburg vor ande-
26 ren Herausforderungen, als heute. 1996 waren Wirtschaft
27 und Infrastruktur beider Länder bei Weitem nicht so an-
28 geglichen, wie heute. Berlin hatte mit der inneren Einheit
29 eine riesige Herausforderung und zudem große Bau- und
30 Infrastrukturprojekte zu bewältigen. Brandenburg muss-
31 te v.a. einen großen wirtschaftlichen Transformationspro-
32 zess und wichtige Verkehrsprojekte voranbringen. Auch
33 im Land Brandenburg standen große Infrastrukturvorha-
34 ben an, aber andere als im Land Berlin.

35

36 Heute steht Brandenburg vor der Herausforderung, dass
37 (vor allem junge) Menschen aus kleineren Städten und
38 Dörfern wegziehen. Der Transformationsprozess in der
39 Wirtschaft trifft Brandenburg besonders stark, da mit dem
40 Ende des Braunkohlabbaus die Neuansiedelung von Un-
41 ternehmen und Industrie schnell voranschreiten muss.
42 Viele Menschen, die in Brandenburg leben, arbeiten in
43 Berlin.

44

45 Berlin hingegen steigt immer mehr zu einer Dienstleis-
46 tungsmetropole auf. In Berlin besteht dafür ein akuter
47 Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Kaufimmobilien
48 sind für Normalbürgerinnen und Normalbürger kaum er-

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: Als Material an Landesvorstand (Konsens)**

49 schwinglich. Der Individualverkehr stellt für Berlin trotz
50 steigender Energiekosten eine immer größer werdende
51 Belastung dar und der ÖPNV ist häufig an der Auslas-
52 tungsgrenze.

53

54 In einer solchen Gemengelage macht eine Fusion der
55 Länder Berlin und Brandenburg Sinn, um wichtige
56 Infrastruktur- und Wohnungsbauprojekte über die Stadt-
57 grenze von Berlin hinaus auf den Weg zu bringen. Das
58 trifft unseren Bezirk Steglitz-Zehlendorf als „Grenzbe-
59 zirk“ zu Brandenburg im besonderen Maße, weil die
60 Erweiterungen der U-Bahnlinie U 3 und die Wiederinbe-
61 triebnahme der Stammbahn Bedeutung weit über die
62 Stadtgrenze hinaus haben. Diese Planungen betreffen
63 nicht nur Berlin, sondern perspektivisch auch Branden-
64 burg. Zudem sind Flächen für den Wohnungsbau in Berlin
65 nur sehr begrenzt vorhanden, so dass eine gemeinsame
66 Planung wichtige Perspektiven eröffnen könnte.

67

68 Synergieeffekte in der Verwaltung und die Zusammenfüh-
69 rung beider Parlamente können zudem zu einer effektive-
70 ren und besseren Verwaltung sowie zu hohen Kostenein-
71 sparungen führen, die Finanzmittel für soziale Projekte,
72 den Wohnungsbau und Infrastrukturmaßnahmen freiset-
73 zen könnten.

74

75 Eine ökologische Verkehrs- und Umweltplanung könnte
76 koordiniert werden. Berlin und Brandenburg würden ih-
77 re Anteile an der Produktion erneuerbarer Energien errei-
78 chen können und den ökologischen Umbau gemeinsam
79 schneller voranbringen. Eine Fusion von Berlin und Bran-
80 denburg würde somit positive Effekte auf den Arbeits-
81 und Wohnungsmarkt in Brandenburg haben und könnte
82 das Problem des Wohnungsmangels in Berlin mittel- und
83 längerfristig entschärfen. So könnten beide Länder von ei-
84 ner Fusion wirtschaftlich, sozial und ökologisch profitie-
85 ren.

86

87 Angesichts der Tatsache, dass das Land Berlin, viele der
88 derzeitigen und kommenden politischen Herausforderun-
89 gen nicht alleine, sondern nur mit dem Land Brandenburg
90 zusammen bewältigen kann, ist eine Fusion beider Länder
91 unumgänglich und zeitnah erforderlich.